

Stader Tageblatt Ausgabe vom 21.03.2014

Bäcker und Fleischer gehen im Landkreis auf die Barrikaden



Schulterschluss von Politik und Bäcker- und Fleischer-Innung: Fleischer Hans Düwer, Bäcker Ralf Dietz, Kai Seefried (CDU, MdL), Bäcker Carsten Richter, Helmut Dammann-Tamke (CDU, MdL) und Bäcker Karl-Heinz Pfeiffer lehnen die geplanten neuen Kontroll-Gebühren ab . Vassel

HEDENDORF. Die Bäcker- und die Fleischer-Innung im Landkreis Stade laufen Sturm gegen die vom Niedersächsischen Verbraucherschutzminister Christian Meyer (Grüne) geplante Einführung von Gebühren bei den „routinemäßigen“ und „anlasslosen“ Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen durch die Landkreise beziehungsweise das Land. Vielen Betrieben drohten Mehrkosten „im vierstelligen Bereich“, kritisierten die Obermeister Hans Düwer (Fleischer) und Karl-Heinz Pfeiffer (Bäcker) am Donnerstag bei einer Protestaktion in Hedendorf; sie vertreten 47 Handwerksbetriebe.

„Wir haben nichts gegen Kontrollen – dadurch werden die Betriebe besser und arbeiten 100-prozentig“, erklärte Düwer. Schon heute würden die Betriebe in der Regel ein bis vier Mal im Jahr vom Veterinäramt des Landkreises kontrolliert, hinzukommen externe Kontrollen – regelmäßig müssen die Betriebe (auf eigene Kosten) dem Amt die Ergebnisse der Keimfreiheit-Untersuchungen vorlegen. Dazu kommen Selbstkontrollen, regelmäßige Wasserproben, monatliche Schädlingskontrollen, sowie Aufzeichnungspflichten bei Hygiene & Co und die regelmäßige Erfassung umfangreicher Daten für das Landesamt für Statistik.

Die Pläne seien ein Schlag ins Gesicht der Handwerker. „Die Lebensmittelskandale sind nicht im Handwerk verursacht worden, sondern in der Industrie – durch Kriminelle“, sagt Meister Düwer. Handwerk und Politik verweisen auf Pferdefleisch- und Bio-Eier-Skandale. Es könne nicht sein, dass korrekt arbeitende Bäcker und Fleischer dafür büßten – und Kosten der Lebensmittelüberwachung allein tragen sollen.

Die CDU-Abgeordneten Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke kritisierten den von Rot-Grün vollzogenen Paradigmen-Wechsel. „Man stelle sich vor, dass auch Autofahrer in Zukunft bei jeder allgemeinen Verkehrskontrolle noch vor Ort eine Gebühr bei der Polizei bezahlen müssen, obwohl es keinerlei Verstöße gab“, legt Dammann-Tamke nach. Meyers Pläne seien eine Frechheit. Bei einem Gebührensatz von 92 Euro pro Kontrolle bleibe es nicht, mit den Proben würden es schnell 300 Euro und mehr – für jede einzelne Filiale und im Produktionsbetrieb.

Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke rechnen damit, dass das Land die Gebühren 2015/2016 erhöhen wird, so sollen nach der Einstellung von etwa 60 Kontroll-Mitarbeitern durch das Land in diesem Jahr, weitere 120 angeheuert werden (für Futtermittelkontrollen). Das Land rechnet mit Mehreinnahmen von vier Millionen Euro (bei 3,3 Millionen Euro Personalkosten).

Die 37 Landkreise, die hatten sich eigentlich höhere Zuweisungen aus Steuermitteln für die vom Land geforderten Mehrkontrollen erhofft, werden durch Einführung der neuen Gebührenverordnung 24 Millionen Euro im Jahr einnehmen. Die Gebührenpflicht gilt künftig nicht nur für Kontrollen durch das Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, sondern auch für Lebensmittelkontrollen der Landkreise, sprich der Veterinärämter.

Die CDU mache sich für ein Beibehalten steuerfinanzierter Kontrollen stark – nur bei Verstößen sollten die Sünder wie bisher blechen, sind sich CDU und Handwerk einig. Es könne nicht sein, dass das Land die Bäcker und Fleischer unter Generalverdacht stellen – und Braten, Wurst und Brot als Risiko für Verbraucher bezeichne. Die CDU-Politiker verweisen auf den Präsidenten des Bundesinstituts für Risikobewertung, mehrfach hatte Professor Dr. Andreas Hensel von sicheren Lebensmitteln und hohen Standards bei Kontrollen gesprochen.

Letztlich zahle der Verbraucher obendrauf – für Aktionismus. Mehrkosten müssten angesichts steigender Rohstoff- und Energiekosten überwiegend weitergegeben werden, so das Handwerk.

Minister Meyer hält Sorgen für „unbegründet“

Das Land wolle Verbraucher besser schützen. „Mit der Novelle der Gebührenverordnung wollen wir mehr Gerechtigkeit – und zurück zum Verursacherprinzip“, sagt Minister Christian Meyer (Grüne). Kleine Bäckereien hätten im Schnitt mit 50 bis 100 Euro pro Jahr zu rechnen. „Das ist angesichts der Umsätze verträglich“, so Meyer. Die Crux: Das gilt bei Umsätzen von bis zu 125 000 Euro. „Doch das ist unrealistisch, Familienbetriebe haben höhere Umsätze und damit mehr Kosten“, sagt die Innung. Doch Meyer ist überzeugt, dass die Sorge, dass es mit der Novelle zu massiven Kosten kommt, „unbegründet“ ist. Sie soll 2014/2015 in Kraft treten, Marktbeschicker und Betreiber von Kiosken und Hofläden sind ebenfalls betroffen.